

Bezugspreis:
Wochenblatt 40.- M., monatlich 1.20.- M.,
fest im Voraus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.- M., einjährig 120.- M.,
vierteljährig 30.- M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Venedig 20.- M. für
das übrige Ausland 22.- M. Post-
belegungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Woll und Feil“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimweil“ und der
Beilage „Siedlung und Reingarten“
erscheint wochentags zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphisch: „Vorwärts“
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worinplatz 15195-97
Expedition Worinplatz 11753-54

Donnerstag, den 22. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Worinplatz 11753-54

Das Resultat von London.

Ententerat in Cannes. — 500 Millionen Jannarrate?

Eine hoffnungsvolle Havasmeldung kennzeichnet die Lage dahin, daß englische und französische Sachverständige übereingekommen sind, den Ministerpräsidenten zu empfehlen, den Gedanken an ein Moratorium zurückzulassen und Deutschland eine Zahlung von 500 Millionen Goldmark aufzuerlegen, die von ihm an dem nächsten Verfalltage gefordert werden kann. Dagegen würde der Betrag, der auf der Grundlage der 26prozentigen Abgabe auf die deutsche Ausfuhr berechnet wird, vorläufig beiseite gelassen werden, da er zum größten Teil bereits durch Sachleistungen ausgeglichen ist. Bevor sie zu diesem Schluß komme, stelle die Empfehlung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands fest, wobei sie sich auf die eingehend geprüfte Statistik berufe. Deutschland sei trotz aller Behauptungen Wirtschaft in seiner Rolle an die Reparationskommission in der Lage, die Zahlung zu leisten. Vorgeschlagen würden hauptsächlich stärkere Überwachung der Statistik des deutschen Außenhandels und ausgedehntere Vollmachten des Garantienskusses, jedoch ohne Einmischung in die innere Verwaltung Deutschlands. Außerdem würde die belgische Priorität beibehalten und garantiert.

Ist es aber sicher, daß die tatsächlich verübten Verbrechen häufiger vorkommen als zugegeben wird, denn auf jeden erweisbaren Fall — deren 14 zugegeben werden — kommen mehrere nicht erweisbare und doch tatsächliche. Jeder anständige Franzose wird zugeben, daß das, was sich im besetzten Gebiet ereignet, für Frankreich eine Schande ist

Armenien und die Internationale.

Aus Kreisen der armenischen Sozialisten wird uns geschrieben: Es ist bekannt, wie schwer Armenien unter dem Weltkrieg zu leiden hatte. Weniger bekannt ist, daß sich Armenien auch heute noch in einer äusserst schwierigen Lage befindet. Vierhunderttausend Flüchtlinge übernahm es als Erbe aus dem Kriege. Es ist Wasserstaub zwischen Sowjetrußland und dem kaspischen Anatolien. In mancher Hinsicht gleicht sein Schicksal dem Georgiens. Deshalb hat es in sozialistisch-demokratischen Kreisen Armeniens — und diese Kreise haben die Mehrheit in Armenien — angenehm berührt, daß sich der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale kürzlich eingehend mit der Lage Georgiens befaßte. Sie glauben das so auffassen zu dürfen, daß die Zweite Internationale ihre Aufmerksamkeit nicht nur Georgien, sondern allen Kaukasusvölkern schenkt, die in der Zweiten Internationale und in der Wiederherstellung der Einheit des Proletariats das Beste von der Zukunft erhoffen. Mag es sich auch vorläufig noch um Zukunftsträume handeln, so glauben die Sozialisten Armeniens doch schon heute die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß das entvölkerte Armenien für viele Proletarier Europas Siedlungsland wird.

Bei dieser Gelegenheit ist es notwendig, sich mit der Sowjetregierung auseinanderzusetzen. Wir haben eingesehen, daß eine Verständigung mit Moskau notwendig ist, und wissen uns in dieser Erkenntnis eins mit weiten Kreisen der russischen Sozialdemokraten. Wir kämpfen heute nicht mehr gegen die Sowjetregierung, sondern gegen ihre Auswüchse. Wir bedauern es, daß die Zentralinstanz in Moskau in den kaukasischen Ländern zum Teil eine Mißwirtschaft ihrer Kommissare betreibt, die kompromittierend wirkt, und sind erkrankt, daß man in wirtschaftlicher Hinsicht ausländisches Kapital zu Hilfe ruft, während man die inneren Kräfte zum großen Teil leer laufen läßt. Eine gewisse Furcht vor innerpolitischen Verwirrungen mag verständlich sein, aber ebenso klar ist es, daß in Rußland auf die Dauer ein Kurs unmöglich ist, der weite Kreise des Volkes entmündigt und entrechtet. Lenin und Trotzki sind nicht unsterblich. Was soll nach ihnen kommen? Ein neues Chaos? Heute ist die Mehrheit des russischen Volkes bereit, die Sowjetinstitution als solche anzuerkennen und auf ihren Grundlagen mit aufzubauen, wenn die Freiheit der Person garantiert wird. Es dürfte der Sowjetregierung bekannt sein, daß sich diese Bereitwilligkeit auch auf Kreise erstreckt, die bis vor kurzem noch als die unversöhnlichen Gegner der Sowjetinstitution galten. Es wäre ein psychologischer Fehler, der sich in der späteren Zukunft bitter rächen könnte, wenn die Sowjetregierung an diesen Dingen wortlos vorüberginge.

Die Zweite Internationale hat sich, unbeachtet der Angriffe, die aus dem Lager der Dritten Internationale gegen sie gerichtet wurden, an dem Hüsnwert für Rußland beteiligt, sie hat sich für die Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariats erklärt. Ist es nicht eine Pflicht der proletarischen Regierung in Rußland, auch ihrerseits Schritte zu unternehmen, um dem gänzlich unerschütterbaren Zwiespalt ein Ende zu machen? Gerade wir Armenier, die wir zwischen der Sowjetregierung und der Zweiten Internationale stehen, sehnen das Ende dieses Sirellens herbei und hoffen, daß an die Stelle der Sowjetdiktatur die proletarische Demokratie tritt.

Die Börse faßt wieder Mut.

Die Nachricht vom vorläufigen Ablauf der Verhandlungen in London wirkten am hiesigen Devisenmarkt im Sinne einer Aufwärtsbewegung der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel. Die Spekulation weist jetzt darauf hin, daß aller Voraussicht nach die ganze Reparationskonferenz Deutschland nur wenig entlasten werde, und daß nur derartige Reparationsleistungen in Fortfall kommen, die Deutschland ohnehin nicht aufbringen kann. Ferner rechnet man im Hinblick auf die Forderungen der Beamten mit einer weiteren Steigerung des Notenumlaufes. Der Dollar schwankte zwischen 177 und 182. Auch am Effektenmarkt macht sich eine Erholung bemerkbar. Wider Erwarten stieg die Spekulation trotz der bevorstehenden Festtage lebhaft.

Völkerverbund und Minderheitenschutz. Auf der Jannuaragung des Völkerverbundes soll u. a. die Frage der Minderheitsrechte in Estland, Lettland und Litauen zur Sprache kommen; die litauische Regierung ist bereits aufgefordert worden, einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf dem Völkerverbund zu unterbreiten.

Politische und gemeine Verbrecher

Zur kriminalistischen Beurteilung der verurteilten Teilnehmer an den Märzunruhen.

Von Dr. Ludwig Bendig.

Die Veröffentlichung der Klara Zeitlin abgenommenen Protokolle hat bereits allgemein zu einer mildernden Beurteilung der verurteilten Teilnehmer an den Märzunruhen geführt. Trotzdem wird immer noch, besonders in amtlichen Kreisen, der vielen einseitigen Standpunkt vertreten, eine allgemeine Amnestie könne nicht in Frage kommen, weil in vielen Fällen doch von jenen verurteilten Teilnehmern an den Märzunruhen sogenannte gemeine Straftaten begangen worden seien, deren Amnestierung dem herrschenden Rechtsbewußtsein widerspreche. Dieser Auffassung ist auch kürzlich von der Versammlung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre Berlins nach einem Vortrag Kadbruchs gebilligt worden.

Für den wissenschaftlich und kriminalistisch Geschulten drängen sich erhebliche Zweifel gegen die Richtigkeit und Durchführbarkeit der unterstellten Unterscheidung gemelner und nicht gemelner Straftaten auf, insbesondere wenn berücksichtigt wird, daß die hier maßgebenden Feststellungen von vielfach einseitig eingestellten und jedenfalls zunächst der Arbeiterbewegung fremd gegenüberstehenden Ausnahmerrichtern getroffen worden sind und von gleichgearteten Geheimräten nachgeprüft werden. Diese Zweifel werden bis zur Unerträglichkeit durch den Gedanken verstärkt, daß die fragliche Unterscheidung auf einem Mangel an kriminalanthropologischer Erkenntnis beruhen dürfte, daß nach dieser mit dem neuen Vorentwurf zu einem italienischen Strafgesetzbuch, einem Meißlerwert in seiner Art, die politisch-sozialen Verbrechen, um die es sich doch in unserem Falle handelt, eine besondere Stellung einnehmen, die eine andere Beurteilung erheischen, auch wenn bei ihnen ein sogenanntes gemeines Delikt begangen wird. Was übersehen zu werden scheint, und worauf es hier eigentlich ankommt, wird besonders deutlich, wenn ich die Ausführungen des italienischen Vorentwurfs nach der Uebersetzung von Harry Kahn hierherführe. Sie erläutern in dem sehr lehrreichen Kapitel II Gefährlichkeit den Artikel 22 Ziffer 6, der lautet: Die Umstände, welche eine geringe Gefährlichkeit beim Verbrecher anzeigen, soweit sie nicht anderweitig vorgegeben sind, sind folgende: 1-5 (auf die ich die Gnadengeheimräte auch recht eindringlich hinweisen möchte, ohne sie hier wiedergeben zu können) und schließlich 6:

Handeln infolge der seelischen Einwirkung durch eine erregte Menge. Dazu heißt es nun in der Begründung Seite 248:

Die Masse als Verbrecher. — §. 6 des gleichen Art. 22 regelt dann die juristische Behandlung derjenigen, die ein Verbrechen als Mitschuldige oder Teilnehmer innerhalb einer Volksmenge begangen haben.

Diese Erscheinung der Massenpsychologie, die innerhalb der modernen Kultur eine immer häufigere und immer beachtlichere Gelegenheit zu verbrecherischen Taten bildet, hat von der italienischen Kriminologie — mit unbefristeter Priorität — eine Klassifizierung sowie eine juristische Systematisierung erfahren, die heute zu bekannt ist, als daß es nötig wäre, dabei zu verweilen.

Die Vorschläge der positiven Schule über die Masse als Verbrecher, die die ersten Vorschläge des leider verstorbenen Sighele vervollständigen, haben seit einigen Jahren auch unter der Herrschaft des bestehenden Strafgesetzbuchs Bürgerrecht an den italienischen Gerichten erlangt.

Da das jetzige Strafgesetzbuch jedoch den Fall der Masse als Verbrecher nicht ausdrücklich in Betrachtung zieht, hat die Rechtswissenschaft, um der offenkundigsten Wirklichkeit des menschlichen Lebens Genüge zu tun, wie gewohnt auf die Anwendung des Art. 47 des Strafgesetzbuchs über die partielle Geisteschwäche zurückgreifen müssen.

Durch den vorliegenden Entwurf wird die Strafrechtswissenschaft auf das Gebiet der Wahrgeltigkeit zurückgeführt, und die Anerkennung einer Erscheinung der Massenpsychologie — durch die der Einzelmannsch, der sich innerhalb einer erregten Menge befindet, leicht das Hemmungsvermögen und selbst das sittliche Empfindungsvermögen verliert — zwingt nicht zu übertriebenen Auslegungen der Strafrechtsnorm.

Wie schon bei Gelegenheit der Teilnahme am Verbrechen gesagt wurde, gehört der Fall der Masse als Verbrecher zu den Fällen von nur selten verarbeiteter und fast immer plötzlicher Beilegung.

Bei dem von einer erregten Menge begangenen Verbrechen wird die strafrechtliche Verantwortlichkeit wie stets jedem einzelnen der Urheber, Teilnehmer oder Anstifter zufallen, je nach dem Bruchteil, in welchem ihr Handeln bestanden hat. Der Richter wird daher die Aufwiegler und die meneurs (Führer) von den Aufgewiegten und den manes (Geführten) unterscheiden und nach den Umständen größerer und geringerer Fahrlässigkeit die Verantwortlichkeit derjenigen werten, die innerhalb der Menge gehandelt haben, welche stets die verschiedenartigsten Menschentypen enthält und durcheinanderwirbelt

Tagung des Völkerverbundes.

Danzig und Saargebiet Beratungsgegenstand.

Genf, 22. Dezember. (W.B.) Eine Mitteilung des Völkerverbundsekretariats über die Tagesordnung der am 10. Januar in Genf beginnenden 16. Tagung des Völkerverbundes macht u. a. folgende Angaben über die Danzig und das Saargebiet betreffenden Beratungen: Der Rat wird den Oberkommissar für Danzig und die vier Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes sowie den Präsidenten der Kommission ernennen, da die Vollmachten dieser Beamten, nämlich des Generals Haking für Danzig, und von Kault, Lombert, Rolke, Hultfeld und Daugh für das Saargebiet demnächst erlöschen. Die Mitteilung weist darauf hin, daß der Rat, wenn er will, die Mandate dieser Beamten erneuern kann. Ferner wird der Rat die Einsprüche der deutschen Regierung gegen die Verfügung der Regierungskommission betreffend die Eigenschaft als Saarbewohner und einen Bericht des Generalsekretärs über die gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien prüfen.

Auf der Tagesordnung steht ferner u. a. der litauische Protest gegen die von Polen im Gebiet von Wilna organisierten Wahlen.

Der schwarze Militarismus.

Bei den neuesten Drucksachen des Reichstags befindet sich, als Antwort auf eine Anfrage der Abgg. Kahl und v. Schoch, ein Schriftwechsel, der zwischen der deutschen Botschaft in Paris und dem dortigen Auswärtigen Amt wegen der Ausschreitungen farbiger Truppen im besetzten Gebiet geführt worden ist. Angesichts der sich häufenden Sittlichkeitsverbrechen erucht die deutsche Botschaft um Maßnahmen zum Schutz der deutschen Bevölkerung. In der Anlage werden 28 Fälle von verübten oder vollendeten Sittlichkeitsverbrechen näher angeführt.

Auf dieses Schreiben vom 26. August antwortete am 10. Oktober das Pariser Auswärtige Amt: 4 Rotzuchtstfälle seien erwiesen, 3 davon zur Bestrafung gelangt. Von den behaupteten 10 Rotzuchtstfällen seien 4 erwiesen und bestraft worden, in den 6 anderen Fällen sei entweder der Täter nicht ermittelt oder festgestellt worden, daß die Behauptung auf schwachen Füßen stand. Im ganzen sei nur die Hälfte der Beschwerden als gerechtfertigt erwiesen. Weiter heißt es wörtlich:

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich mitzuteilen, daß nach seiner Ansicht keinerlei Grund vorliegt, zur Sicherung der Bevölkerung der besetzten Gebiete neue Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die festgestellten schweren Fälle tatsächlich nicht sehr zahlreich sind, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß sie sich während eines Zeitraumes von 10 Monaten (von September 1920 bis Juni 1921) ereignet haben, und zwar auf einem großen Gebiet, das während dieser Zeit dauernd mit Truppen in Stärke von 85 000 Mann, mehrere Monate lang sogar mit 208 000 Mann besetzt war.

Im übrigen haben die für Ordnung und Disziplin verantwortlichen Militärbehörden in dieser Richtung bereits alle Maßnahmen ergriffen, die die Lage erfordert.

Weiterhin muß festgestellt werden, daß das Verhalten der deutschen Bevölkerung sehr häufig den Anlaß zu den geschilderten Verfasseln gibt. So sind mehrere der Fälle, die den Gegenstand der Beschwerden der Botschaft bilden, den Beschwerdeführern selbst zuzuschreiben.

Die Schlußbemerkung ist in diesem Zusammenhang eine grobe Unständigkeit. Daß nicht alle Anzeigen über Sittlichkeitsverbrechen stimmen, weiß jeder Kriminalist. Umgekehrt

Minderjährige und Frauen, rechtschaffene und zweifelhafte oder un-rechtschaffene, unbefohlene und rückfällige, nüchterne und betrunkene, normale und geisteschwache Menschen, faulträchtig berechnende und hartnäckige Individuen, Exaltierte, Fanatiker usw.

Außer dieser Wertung der Persönlichkeit muß aber allein die Tatsache, daß jemand „unter dem Einfluß einer Menge im Erregungszustand“ gehandelt hat, als Umstand geringerer Gefährlichkeit betrachtet werden, da es erwiesen ist, daß, abgesehen von den Auswüchsen und Anstiftern, insbesondere denen mit vorgefaßtem Plan, wer sonst immer Verbrechen auf Grund der „Massensuggestion“ begeht, außerhalb des psychologischen Wirbels, den die Masse bildet, unter den gewöhnlichen Lebensverhältnissen dergleichen verbrecherische Ausschreitungen nicht begangen hat und nicht begehen würde.

Wenn es daher auch für denjenigen, der ein Verbrechen „unter dem Einfluß einer Masse im Erregungszustand“ begangen hat, nie eine Nichtverantwortlichkeit gibt, so kann doch das Gericht, humanerweise, bis zur gerichtlichen Begnadigung kommen, indem auf Grund dieser Strafnorm wieder einmal die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit den Sicherungen des Rechts der Persönlichkeit ohne ein unbilliges und unbilliges Opfer von der einen oder der anderen Seite in Einklang gebracht werden.

Wenn diese kriminalpsychologischen Ausführungen richtig gewürdigt und auf die verurteilten Teilnehmer an den Mordunruhen angewendet werden, dann muß das folgerichtig zu einer gleichen Amnestie wie bei den Rapperbrechern oder zum wenigsten zu praktisch gleichartigen Ergebnissen führen, d. h. dahin, daß die Gefährten und Verführten straffrei ausgehen und nur die wirklichen Führer die strafrechtliche Verantwortung zu tragen haben, wobei die Frage des sogenannten gemeinen Delikts ganz zurückzutreten hat, da auch dafür die Führer, nicht aber die unmittelbaren Täter und Verführten in Anspruch zu nehmen sind!

Um das Leipziger Urteil.

Ein Rundgang durch die Berliner Morgenpresse zeigt, daß das Urteil des Reichsgerichts im Jagowprozeß etwa dem Empfinden der Kreise entspricht, die innere Gegner der Republik, sich verstandesmäßig mehr oder weniger mit ihr abgefunden haben, jedenfalls aber die geräuschlose Vermehrung ihres Einflusses auf legalem Wege gewalttätigen und riskanten Erschütterungen vorziehen.

So schließen sich denn die volksparteilichen Blätter wie „Die Zeit“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, mit größerer Wärme noch die 50prozentigen Blätter vom Schloß der „Täglichen Rundschau“ und des „Total-Anzeigers“ im wesentlichen dem Reichsgerichts-urteil an. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet die Strafe für Jagow als „hart aber ganz sicher nicht ungerecht“, im „Total-Anzeiger“ hebt Breslauer hervor, daß das Urteil des Reichsgerichts in seinem Hauptergebnis „ziemlich den Grundgedanken entspricht“, die er bei persönlicher Teilnahme an den Verhandlungen von der Schuld bzw. Nichtschuld der Angeklagten gewonnen habe. Die wärmste Verteidigung aber findet das Urteil in der rechtsdemokratischen „Vossischen Zeitung“, die hochbefriedigt ist über die „Meisterschaft“, mit der das Reichsgericht auch diesmal seine Aufgabe gelöst hat.

Unzufrieden dagegen sind die ausgesprochen demokratischen Blätter. Sie begrüßen zwar einstimmig den Freispruch Schiefes und Wangerheims, die Verurteilung Jagows aber wird von der „Deutschen Zeitung“ als ein „Fehlurteil“, von der „Deutschen Tageszeitung“ als „schlechtestes nicht begreiflich“ bezeichnet, während die „Kreuzzeitung“ versichert, daß der Spruch des Reichsgerichts „für die Geschichte nicht endgültig“ sei. Das sind dieselben Blätter, die uns so manche viel gerechtere Kritik als „Untergrabung der Autorität der Gerichte“ zum Vorwurf gemacht haben.

Umgekehrt wird in der linksstehenden Presse einmütig hervorgehoben, daß die Sühne der Tat in keiner Weise entpreche. Das „Berliner Tageblatt“ beginnt mit dem Satz: „Kapps Helfer haben in Leipzig milde Richter gefunden“, die „Volkszeitung“: „Das Leipziger Urteil wird im deutschen Volke nicht befriedigen.“ Die „Freiheit“ bezeichnet das Urteil als Klassenurteil im Sinne der Bourgeoisie, die „Rote Fahne“ als einen Gnadenakt der Bourgeoisie für ihre Klassengenossen.

In einem Punkte aber sind fast alle Blätter von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig: daß der Prozeß die Rappistenbrüder in einer jämmerlichkeit enthüllt hat, die in der Geschichte ohne gleichen ist, und daß das persönliche Auftreten der Angeklagten in jeder Weise geeignet war, den Eindruck dieser jämmerlichkeit zu verstärken.

Wieder Niederschönenfeld.

München, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Landtag hat gestern mit einer Unabdingbarkeit (sondergleichen die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt. Diese wurden von den Regierungsvertretern in einer Form behandelt, welche die Richtung der parlamentarischen Minderheit nicht deutlicher hätte zum Ausdruck bringen können. Kein Wunder, daß die außerordentlich gereizte Stimmung gelegentlich der Besprechung der Strafanstalt Niederschönenfeld zu stürmischen Ausbrüchen führte. Es lag ein Antrag der U.S.P. auf Einsetzung einer Untersuchungskommission vor. Der Antragsteller verweist auf die ungerechten und harten Urteile, insbesondere im Fall Wadler. Dieser habe in der Kaiserrepublik lediglich sein Amt als Wohnungskommissar durchgeföhrt und habe dafür acht Jahre Zuchthaus bekommen. Der jetzige Landwirtschaftsminister sei ebenfalls während der Kaiserregierung Ernährungsminister gewesen und sei dafür nicht ins Zuchthaus, sondern auf den Ministerstuhl gekommen.

Der demokratische Abg. Müller-Meinungen stellte den Antrag, den sozialdemokratischen Antrag abzusehen und an den Verfassungsausschuß zurückzuverweisen. Hieraus trat ein Sturm der Entrüstung auf den Seiten der Linken ein. Der Abg. Blumentritt erklärte das Vorgehen des Abg. Müller-Meinungen neuerdings als eine Verschleierung und Vertuschung, worauf der Abg. Müller-Meinungen in Wut geriet, mit einem Stück Papier in der Luft herumfuchtelte und schrie: „Wenn Sie Ehre im Leibe hätten, würden Sie hier überhaupt nicht mehr reden.“ Die bürgerliche Presse behauptet, er habe ein in Maschinenschrift hergestelltes Exemplar des Urteils eines bayerischen Schöffengerichts in der Hand gehabt, in welchem Blumentritt Feigheit, Verlogenheit und Flucht als politische Führer vorgeworfen werde. Dieser unvermittelte und ungegliederte Angriff löste einen neuen Entrüstungssturm auf der Linken aus. Minutenlang herrschte ein stiller Tumult im Saal. Vizepräsident Genosse Auer konnte sich mit seiner Glocke kein Gehör verschaffen. Schließlich wurde dem Abg. Müller-Meinungen und dem Abg. Blumentritt ein Verweis erteilt.

Dünndier als Revolutionsursache. Jüngst waren 50 Jahre verstrichen, seitdem der Deutsche Brauereibund gegründet wurde. Aus diesem Anlaß traf sich die Braukapitalisten in München, wo sie besonders viele Gesinnungsverwandte haben, und feierten drei Tage lang ihr Jubiläum — in erhebender und würdiger Weise“, wie die „Tageszeitung für Brauerei“ mitteilt. Der Syndikus Dr. Kublo-Rünchen, der Vertreter des Bayerischen Industriellenverbandes und des Reichsverbandes der deutschen Industrie, rühmte das Verdienst der Brauer mit folgenden Worten: „Die Brauindustrie hat in Deutschland auch stets eine politische Mission erfüllt; sie hat zur Erhaltung der Bevölkerung beigetragen. Wenn wir 1918 14prozentiges Bier gehabt hätten, dann wäre die Revolution nicht gekommen. Die Eisenerische Drahtenlot war auf dem Boden des 3prozentigen Bieres gewachsen.“

Bayern befreit sich. Der bayerische Landtag hat nach längerer Aussprache die Regierung ersucht, im Reichsrat in geeigneten Fällen, besonders bei der Beurteilung von Frauen und Jugendlichen, für die Zulassung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamt einzutreten. Die Regierung erklärte sich damit einverstanden.

Macdonald über den Terror in Georgien.

Ramsay Macdonald erhielt ein Schreiben von Herrn Klichko (Sekretär des russischen Sowjetdirektors Kassin in London), in dem mitgeteilt wird, daß der internationalen gemischten Kommission, die die sozialistischen Parteien Europas nach Georgien entsenden wollten, die Einreise dorthin nicht gestattet werden kann. (Es handelt sich um die Ausführung eines Beschlusses des Exekutivkomitees der 2. Internationale, des Kongresses der britischen U.S.P., der Kopenhagener Internationalen Konferenz und einzelner Parteien, die gegen den Ueberfall Sowjetrusslands auf Georgien Protest erhoben hatten. Geplant war die Entsendung einer Kommission, an der sich — auf Vorschlag der georgischen Sozialdemokratie — auch Vertreter der kommunistischen Parteien Europas beteiligen sollten.)

Ramsay Macdonald hat das Schreiben des Herrn Klichko wie folgt beantwortet:

„Hiermit bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 13. November und des beigefügten Schriftstücks, das angeblich eine Antwort sei auf den Vorschlag des Exekutivkomitees der 2. Internationale, die Protestresolution der III. Interorganisation der georgischen Sozialdemokratie gegen die Okkupation Georgiens einer dorthin zu entsendenden gemischten internationalen Kommission zur Prüfung zu übergeben.“

„Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Ihrer Regierung meinen Dank für dieses Schriftstück übermitteln würden. Es ist dies ein wertvoller Beitrag zur Klarstellung des Charakters Ihrer Regierung. Ich werde dieses Dokument der Öffentlichkeit übergeben, sobald das Exekutivkomitee der 2. Internationale es zur Kenntnis genommen haben wird.“

„Ich will auf die Phraseologie Ihres Schreibens nicht näher eingehen — weil sie völlig belanglos ist — und möchte nur feststellen, was aus Ihrem Schreiben klar hervorgeht, und dies ist folgendes: Die Moskauer Regierung hat die Absicht, Georgien weiter besetzt zu halten; sie rühmt sich, daß das schonungslose Vorgehen ihrer Roten Armee eine Erhebung des georgischen Volkes gegen die Okkupationsgewalt unmöglich macht. Ihr Schreiben enthält aber auch die irriige Behauptung, die Georgier hätten gegen die Okkupation keinen Protest erhoben. Es genügt, um diese Behauptung zu widerlegen, auf die georgischen Gesänge hinzuweisen! Dort Kerben legt vor Hunger und Kälte, gemartert von roten Gefängnisbeamten, Sozialisten und Führer der Arbeiterbewegung, die durch ihre ganze Lebensarbeit ihre Treue zum Proletariat bewiesen haben!“

Die Arbeit, die von einigen von uns europäischen Sozialisten zugunsten des Sozialismus geleistet wurde, befreit uns im übrigen von der Notwendigkeit, auf die widersinnigen Unlagen, die aus Moskau kommen, zu antworten. Ramsay Macdonald.“

Die ober-schlesischen Verhandlungen.

Wie die P.P.R. von ununterrichteter Seite hören, nehmen die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien einen ruhigen, sachlichen Verlauf und schließen einen im Rahmen des Möglichen befriedigenden Ausgang nicht aus. Der Ton und die Art der Verhandlungen können als sehr gut bezeichnet werden; die Sprache selbst ist deutsch. Auf deutscher wie auf polnischer Seite herrscht das Bestreben, zu einer Einigung zu kommen, um einen Schiedsspruch des neutralen Vorkommenden Colander zu vermeiden, wie es dessen eigener Wunsch ist. Andererseits hält man daran fest, die durch den Genfer Spruch zugewogene Linie nicht zu überschreiten. Auf polnischer Seite herrscht das Bestreben, möglichst rasch zu einem staatsrechtlichen Abschluß zu kommen, um das Polen zugesperrte Gebiet endlich als eigenen Besitz zu erhalten. Das schließt aber nicht aus, daß, wenn diese Entscheidung gefallen ist, späterhin weitere Verhandlungen zwischen den beiden Staaten Deutschland und Polen stattfinden werden, um vielleicht überhaupt das ganze deutsch-polnische staatsrechtliche Verhältnis neu zu gestalten.

Die deutsche Kommission hat in Oberschlesien selbst mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern aller Richtungen, mit allen Bevölkerungsschichten und Klassen enge Fühlung genommen und überall Aussprachen herbeigeföhrt zur Entgegennahme der vielseitigen Wünsche, die im deutschen Interesse zu berücksichtigen sind. Die Verhandlungen, die sich bekanntlich in 11 Unterabschnitten vollziehen, gehen rasch voran, wobei der deutschen Kommission deutscherseits überall die größte Unterstützung zuteil wird.

Die Arbeiter in Puebla (Bundesstaat Mexiko) haben die Sowjetrepublik ausgerufen.

Weihnachtspräludium.

Mag. Gelsenheyner.

Als ich gestern abend beim Schein der Lampe saß, in einem Buch blätterte und Stille geheimnisvoll von den Wänden strömte, öffnete sich leise das Zimmer und eine weiche Frauenstimme klang: „Du mußt auch einen Weihnachtsbaum kaufen!“ Dann schloß sich die Tür wieder leise und behutsam. Aber die Worte, diese Worte: Du mußt einen Weihnachtsbaum kaufen, hatten sich an mich gedrängt und ließen mich nicht mehr los. Klingend und singend schritten sie durch den Kreis der Gedanken. Ueberall, wo sie vorbeistreiften, ließen sie etwas Leuchtendes zurück und plötzlich stieg wie unter einer gewaltigen Muffel vom Himmel, Pauken und Trompeten eine Welt aus der Erinnerung empor, um deren Höhe die reinsten Freuden der Kindheit glöhten, durch deren Lächer die Schatten der Vergangenheit wandelten, schemenhaft und doch durchwirkt mit Farben von überirdischem Glanz.

„Weihnacht!“ Spritzen nicht wieder aus diesem jubelnden Akkord glühende Tropfen nach dem Herzen aller Menschen? Spannten sich nicht wieder über alle Abgründe leuchtende Brücken? Fiel nicht Qualen langer Jahre, zu Hause getürmt, auseinander und blühten nicht Blumen auf dunklem Grunde in einem Licht, das den beschatteten Boden sanft erhellt? Weihnacht! O allumfassender Glaube der Vögel! Höre mich Bruder in jedem Land: Ich bin ein Mensch wie du. Gib mir deine Hand, du Mensch. Siehe, die Sonne leuchtet am Himmel für uns alle und der Schauer der Sterne wirft sich über dich und mich in jeder Zone. Wir können nebeneinander leben, uns selber ein Wohlgefallen, durchdrungen vom Geist, der uns erhört hat über die Tiere. Friede auf Erden! O, er muß auf dem Marsche sein. Sonst springt die Welt auseinander vor Haß. Friede! Ja, und er ist auf dem Marsche. Ich und du, wir hören seine Schritte geisterhaft in den Dingen und ihren Verborgenheiten. Schon jähren die Türen, die er einst aufstößen wird. Über der Weg, der Weg muß ihm bereitet werden!

Geh hin, du Menschheit, du mußt dir einen neuen Weihnachtsbaum kaufen und als Preis dafür dich selber einsehen.

Der neue Geschichtsunterricht. Zu dem Artikel von Erich Witte in Nr. 599 schreibt uns Genosse Rudolf Zweg: Erich Witte verlangt das oft Verlangte. Doch immer noch spukt an den höheren Schulen des aberschiedenen Verbauers ruheloser Geist: Es geschieht nichts! Und Anzelnansche verkümmern an den Wärdersänden des Systems. Aber wir dürfen nicht müde werden, immer wieder zu fordern. Und ich möchte für die höheren Schulen Wilttes dankenswerte Forderung wiederholen und erweitern: 1. Das Kind, nicht der Stoff! Auch Staatsbürgerkunde, auch Volkswirtschaft nur, soweit das geistige Wachstum des normalen Kindes danach verlangt.

Keinen Stoff aufzwingen, sonst züchten wir unfröhe Schulknechte wie das alte System, nicht heiläufige, lebensstarke Jugend. 2. Auch alle, auch Unerschickte! Stört ist das Verlangen gelinder Jugend nach der Zukunft, nach geheimnisreichen Fernen und Tiefen. Und der Gewinn ist reich: denn spiegeln nicht die Geleise des Hammurobi, die Sozialkämpfe Lebens und Roms moderne Erscheinungen wider? 3. Durchdringung des ganzen Unterrichts mit sozialer Gelinnung! Was Witte so schön mit Beispielen versieht und begründet, gilt verstärkt für alle — alle! — Führer des Unterrichts unserer höheren Schulen. 4. Freiheit von den bisherigen Lehrplänen für alle, die neuen Gesichtspunkten unterrichten wollen. Wo bleibt der Ertrag des Kultusministeriums?

„Aus meinen vier Pfählen.“ Es ist so viel Verküftung in die Welt gekommen durch den Krieg. Nicht nur im Leben der Völker, sondern auch im Leben der einzelnen Menschen. Die Interessen sind auseinandergerissen durch die jahrelange Trennung, durch die verschiedenen Wirkungen des Erlebens. Die Menschen leiden aneinander, weil sie sich gegenseitig nicht mehr verstehen. Kinder werden den Eltern fremd und — vielleicht noch mehr — die Eltern den Kindern. In solcher Zeit ist es ein Segen, ein Buch in die Hand zu bekommen, in dem nichts ist von all dem Haber und Streit, aus dem uns Kinderseelen entgegenströmen in all ihrem Reichtum des Fragens und Ahnens, und ein glühendes, feines und fröhliches Bestehen ihnen den Weg ins Leben ebnet. Ein solches Buch ist: „Aus meinen vier Pfählen“, das unseren Genossen Heinrich Schulz zum Verfasser hat. In erster Auflage war es unter dem Pseudonym: Ernst Almsloh erschienen, aber seit Jahren vergriffen. Jetzt hat der Verlag von Quelle und Meyer, Leipzig, es in schöner Ausstattung — die ganz dem frohen und doch so ersten Inhalt angepaßt ist — von neuem herausgegeben. Der Preis ist 16 M. Bedauern kann man nur, daß es so kurz vor Weihnachten kommt, wo die meisten Buchläufe erledigt sind, weil es eins der schönsten Geschenke ist für große und mittelgroße Leute.

Die erste „Berufspädagogische Woche“. Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltete auf Veranlassung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe die erste „Berufspädagogische Woche“. Mehr als 450 Teilnehmer aus allen Gegenden Preußens, dazu Vertreter verschiedener süddeutscher Staaten versammelten sich in den Räumen der Allen Kaufschule am Schinkelplatz. Herren der höheren Schulverwaltung, Schulaufsichtsbüro, zahlreiche Leiter und Beherrnde vieler Berufs-, Fach- und Allgemeinbildungsschulen (Volkshochschulen) waren dem Rufe gefolgt, um hier in die grundlegenden Stoffgebiete für die staatsbürgerliche Unterweisung einzuföhren zu werden. In mehrstündigen Vorträgen wurden die wichtigsten Probleme der neuen staatsbürgerlichen Verhältnisse behandelt. In Vertretung des Handelsministeriums leitete Geh. Oberregierungsrat Dr. Kühne die Veranstaltung. Es sprachen: Staatsminister Dr. Drems, Präsident des Oberverwaltungsgerichts: Die Grundzüge der preussischen Staatsverfassung; Reichsminister a. D. Dr. Koch, R. d. R.: Die Grundzüge der deutschen Reichsverfassung; Prof. Dr. Rudmann, Abteil-

ungsleiter der deutschen Hochschule für Politik: Der Friedensvertrag von Versailles; Staatsminister Dr. Seemisch: Die Probleme des Staatshaushalts; Regierungs- und Gewerbesekretär Dr. Siedhoff: Volkstum und Ausbildungsstand; Schulinspektor Dageförde und Schulinspektor Haumann: Der staatsbürgerliche Unterricht in der Berufsschule. — Wink für die Praxis der staatsbürgerlichen Erziehung gaben außerdem die vorgeführten Behrübungen mit verschiedenen Berufsschulklassen. — Bei allen Vorträgen und auch in der abschließenden Besprechung der Gesamtsitzung war die „Erziehung zum Staats- und Volksbürger“ das wichtigste. Wie wir hören, wird der Ausbau der „Berufspädagogischen Woche“ zu einer ständigen Einrichtung geplant.

Wie die Vögel sehen. Die Studien über das Fortbestehen der Tiere, die der Münchener Professor v. Heß seit längerer Zeit betreibt, haben zu der Feststellung geföhrt, daß Schädlinge von der Welt der Farben unempfindlich so viel leben, wie wir durch eine gelbrote Brille, Tagvögel so viel wie wir durch hellorangefarbenes, Nachtvögel so viel wie wir durch heller gelbes Glas. Diese Abweichungen des Farbenspektrums bei gewissen Tieren röhren zweifellos von den farbigen Delfugeln in den Japten der Reihhaut bei Vögeln und Reptilien her. Wie B. Franz in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ berichtet, sind nunmehr von Haus Henning genauere Versuche über die Sehfähigkeit der Vögel angestellt worden. Henning weist darauf hin, daß die langwelligeren Strahlen besser als andere durch neblige und dämmerige Atmosphäre dringen. Eine Landschaft im Nebel, in der wir nur 300 Meter weit sehen können, wird für uns auf 2000 Meter weiter erkennbar, wenn wir rotes oder rotgelbes Licht vor das Auge haben. Auch ist morgens und abends im röhlichen Licht die beste Sehfähigkeit. Die farbigen Delfugeln in der Reihhaut ermöglichen es nun den Tagvögeln, daß sie sich in der Luft orientieren und überhaupt erst in dämmeriger Atmosphäre zurechtfinden. Vermutlich vieler rotgelben Föhler, die sie im Auge haben, können die Tagvögel von Vögeln selbst bei dämmerigem Wetter die afrikanische Küste leben, vollführt die Vögel ihre weiten Flüge und sieht der Buffard aus höchster Höhe die Maus am Boden laufen.

Durch verschiedene Versuche stellte Henning fest, daß Vögel der verschiedensten Art stets dann unempfindlich und ausgeregt werden, wenn ihre Feinde oder ihre Beutetiere oder ihre Jungen ihnen in irgendeiner farbigen Beleuchtung gezeigt werden, nur dann nicht, wenn diese Gegenstände blau oder violett beleuchtet sind. Für die Versuchsvögel sind nämlich die Gegenstände dann unempfindlich, da sie Blau und Violett nicht sehen. Ein „künstlicher Nebel“, z. B. verdünnte Milch oder Staub, der vor die Gegenstände geschoben wurde, bewirkte, daß die Vögel auch dann noch auf die Scheide- und Rottiere reagierten, wenn selbst der Nebel so dicht war, daß er für den Menschen als undurchsichtig gelten mußte.

Die Geologie als Ententewissenschaft. „Svenska Dagbladet“ greift die Begründung „Internationaler“ für den im August 1922 in Brüssel abgehaltenen Geologenkongress, da Vertreter der Zentralmächte hiervon wiederum ausgeschlossen seien. Die Zeitung legt den schwedischen Geologen nahe, den Kongress unter diesen Umständen zu meiden.

Gerichte um Dr. Rathenau.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Z. S. am Mittag“ zufolge soll Walter Rathenau Reichsminister des Auswärtigen werden. In amtlicher Stelle wird dagegen erklärt, daß dieses Gerücht jeder Begründung entbehrt. Bekanntlich gehört Hugo Stinnes zu den schärfsten politischen und persönlichen Gegnern des früheren Wiederaufbauministers. Es ist daher nicht recht klar, welche Zwecke das Stinnes-Organ mit der Veröffentlichung dieser Falschmeldung verfolgt. Gerade in der jetzigen Zeit sollten die Führer der deutschen Wirtschaft, besonders Herr Stinnes, alles vermeiden, was den Anschein eines Börsenmandärs erwecken könnte. — Wir haben schon bei der Umbildung der Reichsregierung klar zum Ausdruck gebracht, daß wir das Ausscheiden Rathenaus aus dem Kabinett bedauern und seinen Wiedereintritt in einem späteren Stadium für durchaus wünschenswert hielten. Indessen scheint uns, daß für den Augenblick Rathenau in seiner nichtamtlichen Eigenschaft der denkbar beste Unterhändler für Deutschland ist. Wann und in welcher Position er wieder in das Kabinett eintritt, möge ihm und der Reichsregierung und nicht ihren offenen und verdeckten Gegnern überlassen bleiben.

Aus der Beamtenbewegung.

Eisenbahnerstreik in Oberschlesien.

Der Streik um die Befohlungszulage hat in Oberschlesien zum Ausdruck eines Teilstreiks der Eisenbahner geführt. In die Eisenbahndirektion Kattowitz wurde ein Ultimatum gestellt, bis Mittwochsabend diese Zulage anzuzulassen. Da das nicht geschah, trat das Personal in den Streik.

Der Zugverkehr wurde eingestellt, so daß auch der um 9 Uhr fällige Berliner Schnellzug nicht abgefahren werden konnte.

Nach einer späteren Meldung aus Beuthen hat die Streikbewegung im Direktionsbezirk Kattowitz einstweilen nur die Eisenbahner des Bahnhofes Gleiwitz erfaßt. Es besteht zur Stunde die Gefahr, daß sich auch andere Bahnhöfe der Bewegung anschließen.

Im Sonderzug begab sich ein Vertreter der Kattowitzer Eisenbahndirektion nach Gleiwitz, um mit den Streikenden zu verhandeln. Die Verhandlungen begannen um Mitternacht. Der Berliner Frühzug, der von Kattowitz mit Verspätung abgefahren wurde, hat seine Fahrt nicht fahrplanmäßig durchführen können. Ueber die weitere Entwicklung des Streiks sind die amtlichen Stellen noch im ungewissen.

Die Versammlung der Berliner Eisenbahner.

In der gestrigen Versammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, über deren Ergebnis wir schon im Morgenblatt berichteten, referierte Kohur vom Hauptvorstand über die Bahnbewegung, über deren Verlauf wir unsere Leser fortlaufend unterrichtet haben. Ueber die gestrige Beratung der Spitzenorganisationen machte er noch folgende Mitteilungen: Um die drückendste Not nach der Weihnacht zu mildern, halten wir es für nötig, daß das Januargehalt für alle Beamten und alle Ortsklassen, nicht nur für A und B, zur Auszahlung gelangt und sich zugleich eine entsprechende Auswirkung für die Angestellten und Arbeiter ergibt. Für Vorschlagsbefragungen sind wir durchaus nicht. Aber wir sehen in solcher Voranschauung einen Weg, weil wir annehmen, daß es sich nur handeln kann um eine Abschlagszahlung auf eine neue Einkommensbesserung. Der Reichsfinanzminister hat ja auch zum Ausdruck gebracht, daß er bereit sei, im Januar über eine Neuregelung der Beamtenbezüge zu verhandeln. — Eine neue Situation ist durch die Veränderung des Einkommenssteuergesetzes geschaffen. Durch die Neuregelung der Steuerabzüge werden die höher besoldeten Beamten gegenüber dem jetzigen Stand erheblich bevorteilt. Das ist die beste Begründung dafür, daß das Besoldungsgesetz von Grund auf geändert werden muß. Der Vorstand unseres Verbandes wird zur Ortsklasseneinteilung für die Arbeiter Stellung nehmen. Im übrigen ist unsere Bewegung nicht abgeschlossen. Wir werden Verhandlungen erzwingen und wir werden alles tun, sie zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen.

Es entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der verschiedene Redner vom Vorstand ein energisches Auftreten forderten. Die Stimmung der Kollegen sei auf dem Siedepunkt angelangt; nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamten seien in Kampfstimmung. Dem wurden die von uns bereits mitgeteilten Entschlüsse angenommen.

Die Wünsche der Polizeibeamten.

Der Verband Preussischer Polizeibeamten (Landesgruppe Groß-Berlin) nahm am Mittwochsabend in einer Vollversammlung Stellung zu den Fragen, die zurzeit die ganze Beamtenchaft bewegen.

Zunächst referierte Polizeihauptmann Ruch-Hamburg über die Organisationsfrage. Er betonte in seinen Ausführungen, daß diese Frage für die Polizeibeamten von außerordentlicher Tragweite sei. Bisher sei die notwendige Einheitsfront noch nicht erreicht worden. Es hänge aber die Bewertung der Polizei von ihrer Organisation ab. Heute könne der Polizeibeamte nicht mehr als Diener und Hüter einer bestimmten Gesellschaftsklasse, sondern als schützender Beamter für das Volksganze angesehen werden. Das Trennende in den Organisationen müsse ausgeglichen und der Gedanke des Zusammenschlusses zu einer Einheitsfront dürfe nicht aufgegeben werden.

Generalsekretär Franke sprach über das zu schaffende Beamtenrätegesetz. Die Regierungsvorlage entspreche nicht den Anforderungen, die von der Beamtenchaft an dieses Gesetz gestellt werden. Das Gesetz müsse eine Vertretung für alle Beamtenkörper schaffen und den Beamten eine ausreichende Sicherung des Mitbestimmungsrechts gewähren. Es mache den Eindruck, als ob verschiedene Beamtenkategorien — so die Polizei — von dem Gesetz ausgeschlossen werden sollen. Hiergegen müsse entschieden Protest erhoben und eine andere Gestaltung des Gesetzes verlangt werden. (Beifall.)

Hierauf sprach Ahmus (vom Reichsverband) über Besoldungsfragen. Bei der letzten Regelung habe die Regierung eine offene Hand für die oberen Beamtengruppen gehabt, weniger offen sei diese Hand für die unteren gewesen. Diesen habe man nicht soviel gegeben, wie zur notwendigen Existenz erforderlich ist. Die von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften geforderte Aufbesserung der unteren Beamtengehälter ist von der Regierung abgelehnt worden. Wir brauchen aber Mittel, um unsere wirtschaftliche Existenz zu erhalten und fordern die Erhöhung der Grundgehälter für die unteren Beamtenkategorien sowie eine bessere soziale Staffelung des Lohnniveaus. (Beifall.)

Die den Vorrägen folgende Aussprache drehte sich hauptsächlich um Organisationsfragen. Nach den Schlussworten der Referenten wurden zwei Entschlüsse angenommen. Die erste fordert eine andere Ausgestaltung der Beamtenrätegesetzgebung. Insbesondere protestiert sie gegen jede Sonderstellung der Polizeibeamten. Die zweite Entschlüsse fordert von den Organisationen weitere Einigungsverhandlungen, um endlich eine geschlossene Einheitsfront herzustellen.

„Im Namen des Volkes“. Dem Vorschlag des thüringischen Justizministers folgend, hat jetzt auch der sächsische Justizminister angeordnet, daß über den Kopf von gerichtlichen Urteilen jeder Art die Ueberschrift „Im Namen des Volkes“ gesetzt wird. Etwas noch vorhandene anders lautende Vorbrücke sollen handschriftlich geändert werden.

Die Klagen der Siedler.

Billiges Land, aber . . .

In der Wendausgabe von Montag, den 12. d. Mis., brachten wir eine Notiz, die sich mit dem Antrage der Märkischen Heimstätte auf Zuweisung von 34 000 Quadratmetern Siedlungsfläche in Eichlamp beschäftigte. Dazu sendet uns der Verband sozialer Baubetriebe folgende Mitteilung:

Der Preis von 1,80 M. für den Quadratmeter Rohland erscheint selbst angesichts der Tatsache, daß es sich um ganz armen Sandboden handelt, sehr gering. Werden aber alle mit der Erschließung des Landes zusammenhängenden Kosten gerechnet, so ist eine Siedlung höchstens für Kriegsgewinnler möglich, nicht aber für Angestellte und Arbeiter. Die Anlagen der Straßen belassen den Boden mit mindestens 10 M. auf den Quadratmeter. Dazu kommt das Verlegen von Gas, Elektrizität und Wasser, was ja alles der Siedler bezahlen muß.

Die Stellungnahme der Behörden.

Was das Siedeln am meisten verteuert, ist aber die Stellungnahme der Behörden, die auf die Siedlungsbauten zum Teil immer noch die Baubestimmungen der Barkriegszeit anwenden. Diese stehen der ganzen Siedlungstätigkeit überhaupt ablehnend gegenüber und bringen durch die schlep-penden Geschäfte die Siedlungsgenossenschaften zur Verzweiflung und in Zahlungsschwierigkeiten. Sollte man es beispielsweise für möglich halten, daß einer Angestellten- und Arbeiter-siedlungsgenossenschaft in Eichlamp auf ihren Antrag, im August gestellt, die Bauverlaubnis bis jetzt noch nicht erteilt worden ist? Es soll erst die Ansiedlungsgenehmigung beigebracht werden. Der Antrag auf Ansiedlungsgenehmigung (für eine Siedlung, in der schon

80 Familien wohnen) ruht aber seit Anfang September beim Bezirksamt.

Die hohen Kanalisationskosten.

Am meisten kostet aber die Forderung der Behörden auf Kanalisation selbst solcher Siedlungen, wo über 400 Quadratmeter Land zu der einzelnen Wohnung gehören. Hier scheinen die Behörden auf dem Standpunkt zu stehen, daß es auf die entstehenden Kosten überhaupt nicht ankomme. In der alten Siedlung Eichlamp belastet der Ausbau der Kanalisation jeden Quadratmeter Land mit 34 M., und das bei den Löhnen und Materialpreisen des Jahres 1919. Welche Summen heute herauskommen, kann sich jeder selber sagen. Ebenso leicht läßt sich ausrechnen, was allein die von der Behörde überflüssigerweise verlangte Kanalisationsanlage für ein Grundstück mit 500 Quadratmeter Fläche kostet.

Die Verteuerung des Wohnungsbaues.

Ueber solche Verhältnisse muß die Öffentlichkeit unterrichtet werden, um beurteilen zu können, welche Hindernisse bei der Lösung der Wohnungsnot zu überwinden sind. Die Behörden können sich nicht von der Schuld freisprechen, daß sie durch schleppende Erledigung aller Anträge und durch starrsinniges Festhalten an überkommenen Anschauungen eine starke Verteuerung des Wohnungsbaues verschuldet, während die Bau- und Siedlungsgenossenschaften ihnen schuldig gegenübersehen, da bei ihnen eben Zeit Geld ist und jeder verlorene Tag sie in eine teurere Lohn- und Materialperiode bringt; das Reich, die Länder und die Kommunen aber mit immer höheren Bauzuschüssen immer weniger Wohnungen herstellen.

Groß-Berlin

Der Kampf um den Weihnachtsbaum.

Je näher das Fest herankommt, desto größer wird der Unwille der minderbemittelten Bevölkerung, der Kriegsveteranen, Kriegervitwen, Veteranen, Arbeitslosen, Kleinrentner, über die ins Unermessliche steigenden Preise für Weihnachtsbäume.

Leider ist es auch am gestrigen Tage zu einigen Zwischenfällen zwischen Händlern einerseits und Schutzpolizisten bzw. Käufern andererseits gekommen. In der Pustelstraße forderte gestern ein Weihnachtsbaumhändler Preise von 25 bis 75 Mark je Stück selbst für kleine und unansehnliche Bäume. Beamte der Schutzpolizei prüften die Einkaufspreise nach, wobei es sich ergab, daß der Händler beim Einkauf im Durchschnitt nur 4,50 M. je Baum bezahlt hatte. Darauf wurden dem Händler die Bäume beschlagnahmt und unter Aufsicht der Polizei der Verkauf zu 10 M. je Stück fortgesetzt. — In der Schönhauser Allee kam es, gleichfalls gestern abend, zu einer Schlägerei zwischen Weihnachtsbaumhändlern und der infolge der unverhältnismäßigen Forderungen erbitterten Menge, bei der die Händler den Kürzeren zogen.

Der Weihnachtsbaum ist uns allen ein Symbol des Friedens und der Freude, zudem sehen wir in ihm einen Gruß der Natur. Es ist deshalb ein unerquickliches Schauspiel, daß selbst mit einem solchen Gegenstand gemeinster Wucher getrieben wird. Schließlich stellt es sich, wie in früheren Jahren, vielleicht noch heraus, daß noch genug Bäume vorhanden sind und daß man sie abschließend zurückgehalten hat, um die Preise hoch zu treiben.

Zum Raubmordversuch in der Uhlandstraße.

Geständnis des Täters — Verhaftung seines Spießgesellen.

Rasch aufgeklärt wurde der Raubmordversuch, den vorgestern abend, wie berichtet, der Drogist Willi Tierlein an dem Juwelier Bonih in der Uhlandstr. 48 verübte. Tierlein, der auf die Hülfen des schwerverletzten Juweliers von Passanten und einem Beamten der Schutzpolizei auf freier Tat ergriffen wurde, gab an, daß ihm unerwartet ein Schuß aus seiner Pistole in der Nacktsache losgegangen sei. Trotdem ihm im Verhör die Unmöglichkeit seiner Darstellung nachgewiesen wurde, blieb er hartnäckig bei seiner Behauptung. Endlich aber legte er dann doch ein Geständnis ab. Hierbei nannte er auch den gleichaltrigen Mechaniker Fritz Schulz aus der Reinedelstr. 9 als seinen Helfershelfer. Schulz wurde daraufhin ebenfalls verhaftet und nach dem Polizeipräsidium geholt.

Wie er jetzt einräumt, trug sich Tierlein, der seit dem 1. d. M. beschäftigungslos war, schon seit mehreren Wochen mit dem Plane, den Juwelier zu ermorden und seine Juwelen zu rauben. Er kannte Bonih schon lange und wußte mit allen seinen Gepflogenheiten Bescheid. So war ihm auch bekannt, daß Bonih von seiner Frau geschieden ist und stets allein in seinem Geschäft tätig war. Bonih hielt ihn auch für einen vertrauenswürdigen jungen Mann und hatte nicht den geringsten Arg gegen ihn. Schon am Freitag vergangener Woche suchte Tierlein unter der Vorpiegelung, ein Armband für seine Tante kaufen zu wollen, den Juwelier in seinem Laden auf, um die Gelegenheit auf das genaueste auszuforschen. Außer der Pistole, die er im Englischen Kaffee am Kurfürstendamm unter der Hand kaufte, verhaftete er sich auch noch einen Totschläger. Als Helfershelfer hatte Tierlein seinen Freund Schulz, der ebenfalls seit einem Monat ohne Beschäftigung war, schon früher gewonnen und in seinen Plan eingeweiht.

Bei Verübung der Tat ging der Schuß aber zu früh los und so traf die Kugel den Juwelier, der in gebückter Haltung stand, unterhalb des Ohres in den Kopf; sie durchschlug den ganzen Kopf, verletzete aber zum Glück im wesentlichen nur Weichteile, besonders die Kaumuskeln. Infolgedessen ist die Verletzung nicht ganz so schwer, wie es anfangs den Anschein hatte. Das Befinden des Verletzten ist zurzeit noch sehr ernst, doch hoffen die Ärzte, ihn am Leben zu erhalten.

Die Fahrverweigerung der Droschken.

Troch wiederholter Wernungen finden sich immer wieder Droschkentfahrer, die die Annahme von Fahrten zunächst verweigern. Ein derartiger Fall ereignete sich gestern, nachmittags gegen 5 1/2 Uhr in strömendem Regen auf dem Spittelmarkt, wo der Fahrer einer Droschke die Fahrt verweigerte, trotzdem es sich um die Beförderung eines plötzlich auf der Straße erkrankten Mannes handelte. Erst das Einschreiten eines Beamten der Schutzpolizei bewog den Droschkentfahrer zur Nachgiebigkeit. Als Entschuldigungsgrund, weshalb er die Fahrt nicht annehmen wollte, gab er an, daß „sein Pferd zu lahmen drohe“, trotzdem das Tier anscheinend in guter Verfassung und wohlgenährt war. Die Droschkenordnung schreibt vor, daß in solchen Fällen, in denen sich eine Droschke außer Dienst befindet, über die Fahne „Frei!“ des Fahrpreisanzeigers ein Schild gefahren werden soll, welches die Aufschrift „Außer Betrieb“ trägt. Bei Fehlen dieses Schildes auf der Fahne muß der Droschkentfahrer jede von ihm geforderte Fahrt ausführen.

Vor einigen Tagen hatte ein Chauffeurfahrenerständliche Fahrt von der Jägerstraße nach der Kurfürststraße den unerhörten Preis von 1000 M. gefordert. Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums amtlich mitteilt, ist der

betreffende Wagenführer ermittelt und ihm der Fahrschein entzogen worden. Die gleiche Bestrafung hat ein Droschkentfahrer erfahren, der sich an den Gewalttätigkeiten gegen den Fahrgast Ingenieur R., beteiligt hatte. Mitteilungen von derartigen Vorfällen sind bei der Hauptverkehrsstelle im ehemaligen Polizeipräsidium Charlottenburg zu machen.

Postdienst am Heiligabend.

Für Sonnabend, den 24. Dezember, hat die Postverwaltung auf Grund der in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen einige, nach der Verkehrslage angängige Dienstbeschränkungen in Aussicht genommen. Die Postämter werden im allgemeinen um 4 Uhr nachmittags geschlossen. Der Bestelldienst soll möglichst zu demselben Zeitpunkt zu Ende geführt sein. Die Briefkastenleerungen werden so geregelt, daß die letzte Leerung gegen 7 Uhr abends beendet ist. Im Telegrammenamt- und Fernsprechkabinett treten keine Beschränkungen ein. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, Postsendungen an diesem Tage möglichst frühzeitig einzuliefern.

Selbst den Invaliden, Alten und Wittwen!

Die fürchtbare Not der erwerbsbeschränkten und erwerbsunfähigen Invaliden, Alten und Wittwen hat die Kreise der Berliner Stadtverordneten, Behörden und Organisationen veranlaßt, einen Hilfsausschuß für die Stadtgemeinde Groß-Berlin zu bilden. Der zusammengetretene Hauptausschuß wendet sich nunmehr an die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins mit der Bitte, diese Hilfsaktion zu fördern, um den Kermis und Bedürftigsten unserer Stadt eine Weihnachtsfreude zu bereiten und ihnen über die harte Winterzeit hinwegzuhelfen. Der Aufruf ist u. a. auch unterschrieben von unseren Genossen Otto Braun, Dr. Bürger, Paul Göhre, Paul Dirich, Hugo Heimann, Franz Krüger, A. Patisch, Mann, Wolf Ritter, Karl Sebering, Wilhelm Stiering, Hugo Suble und Minna Zodenhagen.

Spenden werden erbeten unter „Groß-Berliner Invalidenhilfe“ (Berlin W 8, Jägerstr. 11), Postcheckkonto Berlin Nr. 120 000. Ebenfalls werden Spenden von den städtischen Sparkassen und Bezirksamtssparcassen entgegengenommen.

Das stürzende Haus. An dem in Gefahr geratenen Haus, Turmstr. 65, über das wir gestern berichteten, sind inzwischen auf Veranlassung der Berliner Straßenbaupolizei Abteilung I umfangreiche Stützungsarbeiten begonnen worden. Das für den Straßenverkehr gefährliche Gebäude, das an den Wänden bereits drei große Risse aufweist, ist heute früh in weitem Bogen abgesperrt worden.

Im Fernsprech- und Telegrammverkehr von Berlin nach auswärts ist inzwischen der Betrieb in fast allen Leitungen, die durch den Defekt am Sonntag gestört waren, wieder aufgenommen worden. Auch mit den drei nordischen Ländern besteht wieder Verkehr.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 22. d. Mis. (Heute) abends 7 1/2 Uhr, Vortrag des Genossen Säger: „Gesunde Kräfte im Volk“. Oberrealschule, Niederwallstraße 12. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Deutsche Friedensgesellschaft. Am Freitag, den 23. Dezember, 7 Uhr abends, findet im Bürgeraal des Rathauses, Königsstraße, eine Weihnachtsfeier statt. Mitwirkende: Harzer Dieter (Redner), Nina Schöde (Gesang), Musiklehrer Franz (Harmonium), Ernst Friedrich (Regitation).

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Mild und zeitweise etwas auffarend, jedoch überwiegend milde mit weichen Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen bis westlichen Winden.

Verantw. für den Inhalt: Leitf. Franz Köhler. Berlin-Lichtenfelde: Nr. 10. Verleger: H. Köhler, Berlin, Verlag Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

Gewinn-Auszug

19. Preuss.-Südd. (245. Preuss.) Klassen-Lotterie

1. Klasse. 2. Ziehungstag. 21. Dezember 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Kote gleicher Nummer in den beiden Ziehungen I und II

Der Gewinn. Nachtrag verborgen.
In der Bornitzungsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen:
2 M 2080 Mk. 204219
4 M 1009 Mk. 83748 240810
2 M 600 Mk. 284703
10 M 400 Mk. 88218 107835 348720 208380 208585
20 M 300 Mk. 65529 92067 90715 97989 126808 170773 190061 198446 228304 278201

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen:
2 M 125000 Mk. 7770
2 M 50000 Mk. 58894
2 M 5 0 Mk. 98182
2 M 400 Mk. 224106
33 M 100 Mk. 88790 65442 81048 88136 103842 127630 139771 167348 172945 183067 208906 244975 262135 265629 261801 2698 0

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind an den Lizen zu ersehen. Die bei den staatlichen Lotterien-Einnahmen zu nutzgebildeten Einlöse anliegen.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.

Wahlbekanntmachung.

Die Ausschüsse der Allgemeinen Ortskrankenkassen der Stadt Berlin-Schöneberg, der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Friedenau und der Bankrentenkasse Berlin-Friedenau haben die Vereinigung dieser Kassen beschlossen. Das Oberverwaltungsamt Berlin hat hierzu durch Beschluß vom 29. November 1921 — Nr. B. R. II. 278/21 — seine Zustimmung gegeben. Die Vereinigung tritt am 1. April 1922 in Kraft.

Gemäß § 37 der Satzung der aufzunehmenden Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg, welche ab 1. April 1922 den Namen „Allgemeine Ortskrankenkasse für den Verwaltungsbezirk XI der Stadt Berlin (Schöneberg-Friedenau)“ führt, sind als Vertreter und Aufsichtsmänner für den Ausschuß dieser vereinigten Kasse für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1926 zu wählen:

von den Beschäftigten 30 Vertreter und 60 Ergänzungswähler,
von den Versicherten 60 Vertreter und 120 Ergänzungswähler.

Es wählen die Versicherten am Samstag, den 4. Februar 1922, in der Zeit von 1—3 Uhr nachmittags in den Wahllokalen:

- Wahllokal „Zum Neuen Schulplatz“, Joh. Jul. Albrecht, Friedenau, Danzigerstr. 88.
- Wahllokal „Vögelheim“, Joh. W. Orunge, Schöneberg, Ostion-Friedenau-Str. 3.
- Wahllokal „Schöneberg“, Rühlentstr. 15, Turmhalle.
- II. Wahllokal „Schöneberg“, Rühlentstr. 15, Turmhalle.
- IV. Wahllokal „Schöneberg“, Sonnenstraße 11, Turmhalle.
- Wahllokal „V. Rabbiner“, Schöneberg, Bahnhofsstr. 2, Ecke Groß-Berlinerstraße.
- Wahllokal „Luisenpark“, Schöneberg, Sophienparkstr. 4, Ecke Dönhofsstr. 7.
- Wahllokal „V. Rabbiner“, Schöneberg, Sophienparkstr. 4, Ecke Dönhofsstr. 7.

Die Versicherten vorstehender Firmen sind für die Wahllokalen zu wählen, können in einem der anderen Wahllokale von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Der Wahltag fällt am Montag, den 6. Februar 1922, in der Zeit von 1—3 Uhr nachmittags.

Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 6. Februar 1922, in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags in den Wahllokalen:

- Wahllokal „Im Kaiserhof“, Schöneberg, Brunnenstr. 20, Quergebäude 2, Stodwerk, Schalter 15/16.
- Wahllokal „Im Kaiserhof“, Schöneberg, Brunnenstr. 20, Quergebäude 2, Stodwerk, Schalter 15/16.

Die Arbeitgeber, welche bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Friedenau versichert sind, im Kaiserhof der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Friedenau, Rheinstr. 9, Vorderhaus 1, Stodwerk.

Die Wahlen sind geheim. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht nach näherer Bestimmung der Wahlordnung. Das Wahlrecht ist in Berlin ausgedehnt. Die Wähler müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Zum Zweck der Wahl ist vom Reichsamt der Statistik nach dem Befehl des Reichsamt der Statistik eine Liste der Wähler erstellt worden. Diese Liste wird den Wählern zur Verfügung gestellt. Zur Erfüllung der Wahl- und Ergänzungswahlpflicht ist das Wahllokal und die Wahllokalen durch die Wahllokalenbesitzer zu besetzen. Die Wahllokalen sind von den Beschäftigten der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg, Brunnenstr. 20, die spätestens 7. Januar 1922 für Versicherte und 9. Januar 1922 für Arbeitgeber einzurichten. Es können nur solche Wahllokalen berücksichtigt werden, die bis zu die-

sem Zeitpunkt eingerichtet sind. Die Stimmenabgabe ist an diese Wahllokalen gebunden. Die Wahllokalen der Arbeitgeber müssen von mindestens je 10 wahlberechtigten Arbeitgebern mit zusammen mindestens 30 Stimmen, diejenigen der Versicherten von mindestens 30 wahlberechtigten Familienmitgliedern unterzeichnet sein. Jeder Wahllokal muß höchstens dreimal so viel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die Stimmen der Bewerber sind unter fortlaufender Nummer anzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt und nach Familien- und Vor-/Nachnamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit dem Wahllokalen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzuliegen, daß er zur Erreichung der Wahl bereit ist. In jedem Wahllokal ist ein Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Friedenau und ein Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Schöneberg zu benennen. Ist dies unterbleiben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Friedenau, der zweite als Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Schöneberg. Der Wahllokalbesitzer ist berechtigt und verpflichtet, die zur Befreiung erforderlichen Anträge vorzubereiten und zu unterstützen.

Die angelegten Wahllokalen liegen meistens eine Woche vor der Wahl im Kaiserhof, Schöneberg, Brunnenstr. 20 (0—1 Uhr), Quergeb. 2, Stodwerk, Schalter 15, zur Ansicht aus. Die Arbeitgeber- und Mitarbeitervereine der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Friedenau sowie der Bankrentenkasse Berlin-Friedenau einzutragen wahlberechtigten Arbeitgeber und Versicherten im Kaiserhof, Friedenau, Rheinstr. 9, 1. Seitenflügel, 1. Stodwerk (bis Anfang Januar 1922 befinden sich die Räume der Bankrentenkasse Friedenau Kaiserhof 67), meistens von 9—1 Uhr einzusehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste aus diesen Verzeichnissen ergebenden Wahl- und Ergänzungswahllokalen sind bei der Wahl- und Ergänzungswahllokalen bis vier Wochen vor dem Wahltag, unter Befreiung von Arbeitsmitteln bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg, einzulegen.

Die Wahl- und Ergänzungswahllokalen sind durch die Wahllokalenbesitzer zu besetzen. Es empfiehlt sich, die Wahllokalen durch die Wahllokalenbesitzer zu besetzen. Die Wahllokalen sind durch die Wahllokalenbesitzer zu besetzen.

Die Arbeitgeber im Ortsbezirk Friedenau, im Kaiserhof der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Friedenau, Brunnenstr. 20, Quergebäude 2, Stodwerk, Schalter 15/16.

Im übrigen wird auf die Wahlordnung der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg verwiesen, bis für alle Wähler im Kaiserhof, Berlin-Schöneberg, Brunnenstr. 20, während der Geschäftsstunden von 9—1 Uhr kostenlos zur Verfügung liegt.

Schöneberg, den 22. Dezember 1921.

Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse
der Stadt Berlin-Schöneberg.

Walter Schütz, Greif Str. 3, Schöneberg.
Fritz Senf, Schriftführer.

Warenhaus Hugo Deutschland, Moabit Turmstraße 48

Praktische Weihnachtsgeschenke in allen Abteilungen

Kleiderstoffe		Gardinen	
Hauskleiderstoff doppelt breit	Meter 28 ⁵⁰	Künstler-Gardinen 3 Teile	128 ⁵⁰
Cheviot doppelt breit	Meter 46 ⁵⁰	Künstler-Gardinen Etamin, 3 Teile	275 ⁰⁰
Kleider-Velour	Meter 26 ⁵⁰	Bettdecken 1 und 2 bettig	von 125 ⁰⁰
Blusen-Flanell	Meter 28 ⁵⁰	Küchen-Gardinen	Meter von 14 ⁵⁰
Popelin reine Wolle	Meter 69 ⁵⁰	Halbstoren Engl. Tüll und Etamin	von 125 ⁰⁰

Wollwaren, Wäsche, Schürzen

Damenstrümpfe	8 ⁷⁵	Damenhemden	49 ⁵⁰ 42 ⁵⁰	Wiener Schürzen	39 ⁵⁰
Herrensocken	7 ⁷⁵	Untertailen	23 ⁵⁰ 19 ⁷⁵	Wirtschafts-Schürzen	36 ⁵⁰
Flausch-Schals	39 ⁵⁰	Wachstuche nur beste Qualitäten in sehr vielen Mustern		Kinder-Schürzen	9 ⁷⁵
Rodelgarnituren	195 ⁰⁰				

Korbmöbel

kauf. Sie am vorteilhaftesten bei H. Hersteller

A. Lesdan

Verkaufsstellen für seine Korbmöbel

Fernspr. Neukölln 129
Ausstell.-Verkauf für Neuk.-Anzeiger Nr. 27

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garant. f. gut. u. Verarbeitg.?

May Motel, Schneidermstr.

Neukölln, Ringbahnstr. 88 Tel. 600
Bekannt für höchste Gütebestanden
Biele Umarmungen u. Dankebriefchen

Korbmöbel

für Gärten, Balkone, Wohnzimmer modern u. dauerhafter Ausführung. Korbesseln v. Mahagoni, Großauswahl Berücksichtigung erbeten

Heinrich Kaese

Korb- u. Rohrmöbel-Fabrik
Neukölln, Berliner Str. 87
Quergeb. nt. (Kein Lad.)

Zahn-Atelier f. modernen Zahnersatz

H. Knapp vorm. Feuker

Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonntags 10—12
Kottbuser Damm 70/71. Telefon: Hpt. 7827

Gurkofix

feinst. Gurkensalat

Überall erhältlich!

Carl Timmer

Essig-, Meistich-, u. Konservenfabrik
Berlin, Büchlingsstr. 6

Große Auswahl in Korbmöbeln

Kinderwagen Metallbettstellen Sämtl. Kinderfahrzeuge und -Höbel

P. Bergmann u. Sohn

Wilmersdorf Berliner Str. 24
Sämtl. Reparaturen schnellstens

Neukölln-Möbel-Vertrieb

Ludwig Rogasner
Kaiser-Friedrich-Strasse 60,
Ecke Anzeigerstrasse
Fernsprecher: Neukölln 9080
Spezialität:
Schlafzimmer
Küchen

Bombenstühle / Conifera / Bettstellen
Saiten / Kunst-Dezignstoffe / Sand-
tische / Hosen- u. Dingenstoffe / Jecost
Gardinen / Schotten / Kleider- u. Seide
Zeitlosen Schürzen / Zeitlosen
Beste Qualitäten! Billigste Preise!

Ella Dehmel, Neukölln

Niemestr. 9 Tel. 409 Nähe Ringbahn

Nach wie vor kaufen Sie billig und preiswert in der

Zigarren-Großhandlung

Eduard Rotzoll

Nchflg. W. Krause, G. m. b. H.
Hasenheide 119, am Hermannpl.

Weihnachtspackungen in verschiedenen Preislagen

KOGNAC

bestes und fränkisch
hochweines **Teillititz**,
Bretagne, Malaga,
Kognac, Whisky, Brandy,
und so weiter. Beste
und billigste. Spezialität.
Bottle u. Mülle. Gänge
auslet. Galle, Reit, Dirl.
Bernhard Bräuer, SW
Friedrichstr. 27, 4. St. 860
Hilfen Spallenberg 111,
Rud. 3704. 91 Frankfurt
Straß 15-19. Königl. 7321

Trauringe

Dukaten-Gold (900 gest.)
333-585 gest.

Jede Größe am Lager. Garantie-
schein für gezeichneten Goldgehalt.
Nicht die Reklame, der Name bürgt
für Qualität und Preiswürdigkeit.

Spezialhaus fugenloser Trauringe
Erich Fuhrmann, NW 87, Gotzkowskystr. 13.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch.

Bettwäsche

zu Fabrikpreisen!
Samenbündeln, Sand-
tüll, Tisch-, Schürzen-
Handtücher!
Dergstr. 67, 3. St.
Eckelrecht, Gassen-
heide 63.

Richard Lindner

BÜROBEDARE

Buchbinderei

Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 36-37.
Kontobücher
Brief-Größen — Durchschreibebücher. 20/25.

Pelz-

Waren
n. solid.
Verarb.
billigst.

Goldstein, Dred. Str. 11
a. Hochbahn, Kottb. Tor

Korb- u. Rohrmöbel

Eig. Fabrik, stets hervorrag.
Neuh. Gr. Ausw. Bill. Preise.
Edmund Voß, Bin-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermann-
platz. — Tel.: Neukölln 2204
Reparatur, sämtl. Korbwaren

Zeitungspapier!

gebunden, kg 2,30
Ganz- u. Klein-
ausgaben! Reichen!
Babe Gralle
Neukölln, Derg-
str. 67, 3. St. 860
Fernspr.: Neukölln 281.

Naturarzt und Homöopath

Dr. O. H. Ziemann

Habburger Str. 3
(Nollendorfplatz)
für alle Krankh. Giltig. Behandl. ohne Einspritzg.
Krankh., Haut-, Harnleid., Syphilis,
Mannschw., Frauenleid., Störung,
Weißn. etc. — Sprechst. 10^{1/2}-12^{1/2}, 3-6, Sonnt. 11-12

Jagdgewehre

Automatische Pistolen usw.
Ankauf, Vert., Umtausch
Gewehr-Fabrik
Gust. Rätzl
Dortl. W. Marktgr. 50/51

Das praktischste Weihnachtsgeschenk!

Linoleum

als Zimmerbeleg, Läufer, Teppich und
Waschtischvorlage in großer Auswahl

WACHSTUCH

vom Stück und in fertigen Decken
Abtrete-, Kokos-, Schiff- und Einbaumatten
in allen Qualitäten und Größen
Bohrerwachs-, Girne und Linoleum-Öl stets vorrätig
Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten.

G. Bargende

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 79
Nähe Kuriirstendamm. Steinplatz 4/94.

Zu noch sehr angemessenen Preisen kaufen Sie:

Seidenschals	von 32.- an
Wollschals	von 65.- an
Rodelgarnituren (Schal und Mütze)	von 135.- an

Oberhemden, Einsatzhemden, Normalwäsche, Seidenkrawatten und Strickbinder, Leinen- und Sportwäsche
Spezial-Dauerwäsche i. best. Qual. noch sehr preiswert bei

J. Alberg

Spezialhaus „Kiek-Weit“, Neukölln, Bergstr. 155
Berlin, Oranienstr. 199
Berlin, Danziger Str. 14

Für den Weihnachtsmann

kaufen im Engros-Lager W. Reinecke, SW, Katzbachstr. 25
Sie im Kurjüst 214) billig ein, wenn Sie sich durch eine geringe Anzahlung den heutigen Preis sichern. Die ausgestellten Waren werden bis zum Fest kostenlos aufbewahrt.

Metallbettstellen einfache, eleg. 300.- b. 1100.- keine Holzrahmenmatratzen.	Kinderbettstellen in groß. Ausw. zu Engrospr.
Stahlmatratzen 1 Jed. Holzbetts, pass. Unterlag.	Auflegematratzen (dreit.) Stoff- u. Drellbezüge in reich. Ausw.

Alles aus erster Hand!

Arbeitskleidung

Hosen

von 45.- bis 225.- M
Hemden, Unterhosen, Socken

Berufskleidung

Gute Ware!
Billigste Preise.

Gerh Köhnen

Neukölln, Hermannstr. 76/77.

Den ättest. Damen- oder Herrenhut

prüfen wir auf d. neuh. u. schickten Formen zu den billigst. Tagespreisen bei
Clea Krüger
vis-a-vis St. Hermannstr.

Praktische Weihnachtsgeschenke

Briefpapiere, Schreibwaren, Lederwaren
als Leander, Füllfederhalter

Hermann A. Weber

Charlottenburg, Berliner Str. 124
gegenüber dem Rathaus.

Möbel

kaufen Sie nirgends so
billig und gut
wie bei

Neugebauer

Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 124
Ecke Schillerstr.
Rein Baden. 1067

Passende Weihnachtsgeschenke

Puppenwagen, Puppensportwagen,
Kindermöbel usw., Metallbettstellen,
Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel

Fürst, Neukölln

Hermannstr. 28, Ecke Mahlower Straße
Fabrik für Ruhebetten, Auflegematratzen und
Feldbetten.
Fabrikpreise

Lederwaren

in gediegener Ausführung zu soliden Preisen
empfiehlt als praktische Weihnachtsgeschenke!

Friedrich Panneck, Sattlermeister, Neukölln, Bergstr. 185

Rote Rosenstraße